

# **Unterzeichnung Ausbildungsbündnis 2023-2027**

**Statement Maren Diebel-Ebers,  
stellv. Vorsitzende DGB Baden-Württemberg**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,  
sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut,  
sehr geehrte Staatssekretärinnen Frau Boser und Frau Dr. Leidig,  
sehr geehrte Bündnispartner\*innen,  
liebe Medienvertreter\*innen,

meine Vorredner\*innen haben es gesagt – und ich schließe mich dem uneingeschränkt an:

Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es richtig und wichtig, dass wir uns gemeinsam im Bündnis für die berufliche Ausbildung stark machen.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, keinen jungen Menschen zurückzulassen und jedem jungen Menschen eine Perspektive zu geben.

Dazu bedarf es unserer gemeinsamen Anstrengungen.

Lassen Sie mich ein paar Schlaglichter auf den Ausbildungsmarkt werfen:

In Baden-Württemberg hat jeder siebte junge Mensch zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss.

Und auch im laufenden Ausbildungsjahr gibt es noch mehr als 22.000 unversorgte Bewerber\*innen.

Hier braucht es die intensiven Bemühungen aller, dieses Potenzial zu heben.

Kein junger Mensch darf zwischen Schule und Ausbildung verloren gehen.

Damit das gelingt, müssen wieder mehr Betriebe ausbilden!

In Baden-Württemberg bildet nur noch jeder fünfte Betrieb aus (21,9 Prozent, Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung 2022)

Betrachtet man die ausbildungsberechtigten Betriebe ergibt sich ein sehr differenziertes Bild.

96 Prozent der Betriebe der Großbetriebe mit mehr als 500 Beschäftigte bilden aus, aber leider nur 41 Prozent der Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten.

Gerade also kleinere Betriebe haben sich häufig aus der Ausbildung zurückgezogen, schaffen es häufig aus finanziellen oder organisatorischen Gründen nicht auszubilden.

Aber wie kann man dieses Ungleichgewicht beheben oder zumindest ausgleichen?

Unsere Antwort als DGB lautet: mit einem solidarischen Lastenausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben.

Sie können es auch Ausbildungsumlage nennen.

So können Anreize gerade für kleinere Betriebe geschaffen werden, wieder in die Ausbildung einzusteigen bzw. auszubauen.

Ein Ausbildungsfonds würde den Betrieben zugutekommen, die ihrer Verantwortung zur Fachkräftesicherung gerecht werden und damit einen wichtigen Beitrag für Gesellschaft und Wirtschaft leisten.

Bremen hat vor Kurzem so einen Fonds eingeführt. Er könnte als Blaupause für BW dienen.

Mein letzter Punkt sind die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt.

Eine gemeinsame Aufgabe im Bündnis muss es sein, offene Stellen und potenzielle Auszubildende zusammenbringen

Mit dem Jugendticket macht die Landesregierung ein hilfreiches und wirkungsvolles Angebot.

Das Ticket erleichtert es jungen Menschen, zur Ausbildungsstelle und zur beruflichen Schule zu kommen.

Das war ein großer und wichtiger Schritt.

Mehr Engagement von Seiten des Landes wünsche ich mir beim Thema Wohnraum für Azubis.

Das neu aufgelegte Bundesprogramm „Junges Wohnen“ muss gerade für Ausbildungshäuser regional genutzt werden.

Dafür müssen bestehende regionale Bündnisse gestärkt und neue Bündnisse für Ausbildungshäuser gegründet werden.

Wie sie beispielsweise in Heidelberg zwischen Agentur für Arbeit, IHK, Kreishandwerkerschaft, kommunalem Träger und Gewerkschaften initiiert und gegründet wurden.

Auch dafür wird sich der DGB in den nächsten vier Jahren im Ausbildungsbündnis stark machen.

Sie sehen, uns werden die Themen in den nächsten vier Jahren nicht ausgehen.

Ich freue mich auf den konstruktiven Austausch und die weitere Zusammenarbeit.

Vielen Dank.